

EUROPÄISCHES PARLAMENT



SONDERAUSGABE

EUROPÄISCHER RAT
22. und 23. März 2005
Brüssel

**REDE DES PRÄSIDENTEN,
HERRN JOSEP BORRELL FONTELLES
SCHLUSSFOLGERUNGEN DES VORSITZES**



01/S-2005

Generaldirektion Präsidentschaft

DE

DE

(Intranet) <http://www.europarl.ep.ec/bulletins> (Special Edition 2005)
(Internet) <http://www.europarl.eu.int/bulletins> (Special Edition 2005)

\\EPADES\PUBLIC\SOMMET\2005

REDE DES PRÄSIDENTEN

REDE DES PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUF DER TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES VOM 22. BIS 23. MÄRZ 2005

Sehr verehrte Damen und Herren Mitglieder des Europäischen Rates,

die sogenannte „Frühjahrstagung“ des Europäischen Rates ist der Anlass, eine Bilanz zu ziehen und die Perspektiven dessen zu prüfen, was wir die „Strategie von Lissabon“ nennen.

Mit diesem etwas schwerfälligen Begriff wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erreichen, wobei das europäische Sozialmodell und die Umwelt erhalten bleiben sollen.

Die Bürger müssen den Sinn unseres Tätigwerdens verstehen, insbesondere zu einem Zeitpunkt, an dem das Verfahren der Ratifizierung der Verfassung eingeleitet worden ist. Sie müssen vor allem verstehen, inwieweit die europäische Dimension einen zusätzlichen Nutzen darstellt, und nicht ein Geflecht von Einschränkungen, das ihren Wohlstand und ihre Solidarität bremst. Dies muss ihnen noch erklärt und bewiesen werden.

Herr Juncker hat die Bilanz der Strategie von Lissabon als „kläglich“ bezeichnet. Nachdem wir die Vertreter der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, die sich vergangene Woche in Brüssel trafen, gehört haben, ist das mindeste, was wir sagen müssen, dass noch viel zu tun ist.

Die Ziele von „Lissabon“ wurden von den fünfzehn Mitgliedstaaten mitten im Internetboom festgelegt. Diese Ziele waren zu zahlreich, ihnen fehlte Genauigkeit, die Rolle der Akteure (Europäische Union und Mitgliedstaaten) war zuweilen nicht ausreichend strukturiert, oder manchmal zu sehr, was unnötig war. Die Wachstumsaussichten waren zu optimistisch. Heute erkennen wir, dass unsere Zielvorgaben bei den beiden wichtigsten Zielen, der Beschäftigung und der Innovationsfähigkeit, nicht erreicht wurden, und der Rückstand gegenüber unseren wichtigsten Partnern hat zugenommen.

Was kann das Europäische Parlament zur Wiederbelebung des gemeinsamen Handelns der jetzt 25 Mitgliedstaaten beitragen?

Zunächst muss ich betonen, dass das Europäische Parlament nach einer intensiven politischen Arbeit und Koordination, an der alle vorrangig betroffenen parlamentarischen Ausschüsse teilhatten, am 9. März mit einer sehr großen Mehrheit eine Entschließung verabschiedet hat, in der den verschiedenen politischen Standpunkten und nationalen Befürchtungen Rechnung getragen wird.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Durch diese Entschließung werden einige einfache Aussagen an Sie gerichtet, und zwar unter anderem folgende:

- Die Notwendigkeit, die Ausgewogenheit zwischen den drei Pfeilern, Wettbewerbsfähigkeit, soziale Aspekte und Umwelt, zu beachten. Insofern gefiel mir das Bild sehr gut, das Herr Juncker anlässlich des vor Kurzem von uns organisierten interparlamentarischen Treffens benutzt hat: das Bild einer kleinen Tanne, und nicht eines Weihnachtsbaums, mit mehreren Kugeln; würde eine von ihnen herunterfallen, würde die gesamte Tanne aus dem Gleichgewicht geraten.
- Unterstützung der nationalen Aktionspläne für die Strategie von Lissabon, für die jede Regierung einen Minister benennt würde, der für die Koordinierung verantwortlich ist. Denn einer der Schwachpunkte der Strategie von Lissabon ist – wie Herr Barroso das ausgedrückt hat –, dass sie unter einem „Mangel an nationaler Identifizierung“ leidet. Wir müssen aber auch den europäischen Mehrwert erhalten.
- Aufforderung an die Mitgliedstaaten, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, damit die Ausgaben für Forschung und Entwicklung mindestens 3% des Nationaleinkommens ausmachen, damit die europäischen Fonds in diesem Bereich verdoppelt werden, und damit ein Europäischer Forschungsrat als unabhängiger beratender Ausschuss eingesetzt wird.
- Unterstützung für die europäische Initiative für die Jugend, die von mehreren Mitgliedstaaten vorgeschlagen wurde und nunmehr durch einen europäischen Pakt für die Jugend umgesetzt wird.
- Die nationalen und europäischen Haushalte sowie die künftige Finanzielle Vorausschau 2007-2013 müssen den verfolgten Zielen entsprechen.

Sie wissen, dass das Europäische Parlament diesem letzten Punkt als einer der beiden Teile der Haushaltsbehörde große Bedeutung beimisst. Ich habe keinen Zweifel daran, dass die diesbezüglichen laufenden Arbeiten des nichtständigen Ausschusses zu diesem Thema, dem vorzustehen ich die Ehre habe, einen Beitrag dazu leisten werden, kommenden Juni eine gute Lösung zu finden. Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang daran, dass die Einigung über die Finanzielle Vorausschau einer Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat bedarf. Und ohne diese Einigung besteht für die Europäische Union die Gefahr einer länger anhaltenden Blockierung und eines wachsenden Unverständnisses unserer Mitbürger angesichts der Diskrepanz zwischen unseren verkündeten Ambitionen und ihrer Verwirklichung.

Im Bereich der Umweltpolitik gehen wir davon aus, mit Ihnen an dem Entwurf der für Juni geplanten Erklärung für die nachhaltige Entwicklung gut zusammenarbeiten zu können. Schon jetzt befürworten wir nachdrücklich die zahlenmäßigen Ziele in Ihrem Entwurf für die Schlussfolgerungen.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Das Europäische Parlament hat vergangene Woche ein großes Treffen mit fast 130 nationalen Parlamentariern aus 25 Mitgliedstaaten sowie Vertretern der Kandidatenländer durchgeführt. Ich habe die Initiative ergriffen, da ich der Meinung war, dass die interparlamentarische Dimension unserer Reflexion über die Strategie von Lissabon zuträglich sein könnte. Es war ein großer Erfolg mit Blick auf die Beteiligung, was ein riesiges Bedürfnis nach Information zeigt sowie den kollektiven Wunsch, sehr viel aktiver in Abstimmung mit den Regierungen und den Sozialpartnern an der Umsetzung des Prozesses teilzunehmen.

Aus dieser anregenden und intensiven Debatte ließen sich einige erste Leitlinien herauskristallisieren:

- Eine breite Unterstützung für das Konzept des ausgeglichenen Verhältnisses zwischen den drei Pfeilern, wenn auch eine Minderheit dem wirtschaftlichen Pfeiler Vorrang einräumt.
- Eine große Bedeutung für die nationalen Aktionspläne.
- Eine ernste Sorge gegenüber allem, was das Steuer- und Sozialdumping fördern könnte.
- Zahlreiche Parlamentarier haben eine Verbindung zwischen der Strategie von Lissabon, der Finanziellen Vorausschau und der Revision des Stabilitäts- und Wachstumspaktes hergestellt.

Dieses Treffen hat sich als nützlich erwiesen, und wir hoffen, es erneut vor jeder Frühjahrstagung des Europäischen Rates durchzuführen. Es hat einen Beitrag dazu geleistet, die nationalen Vertreter zusammen mit ihren Kollegen des Europäischen Parlaments zu sensibilisieren, und hat dem europäischen Aufbauwerk eine größere parlamentarische Dimension gegeben.

Die notwendige Beachtung der Ausgewogenheit zwischen den drei Dimensionen des Prozesses von Lissabon bedingt politische Entscheidungen von sehr großer Tragweite: Die Parlamente müssen beteiligt werden, denn es wird ihnen obliegen, einen Großteil der erforderlichen Reformen zu verabschieden und durchführen zu lassen.

Sehr verehrte Damen und Herren Mitglieder des Europäischen Rats,

ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Qualität der europäischen Rechtsetzung ein unverzichtbares Element für jede Strategie ist, mit der unsere Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden soll.

Der Regelungsrahmen für die europäische Wirtschaft muss verständlich, einfach und möglichst wenig schwerfällig sein. Vergessen wir nicht, dass jede Regelung auf europäischer Ebene 25 nationale Regelungen ersetzt, die ein echtes Hindernis für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes darstellen.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Aber darüber hinaus ist es auch notwendig, dass die gemeinschaftlichen Richtlinien absolut notwendig und nicht übermäßig detailliert sind, und dass sie getreu ohne zu große zusätzliche nationale Umformungen, die sie komplizierter machen, umgesetzt werden. Ihre Auswirkungen müssten ebenfalls vor jeder Entscheidung eingeschätzt und dann regelmäßig überprüft werden. Diese Einschätzung müsste objektiv sein, und unsere Institutionen müssten in diesem Bereich eine gemeinsame Methode verabschieden.

In diesem Sinn betrachten wir die Mitteilung der Kommission über „bessere Rechtsetzung“, die in der vergangenen Woche nach einer Vereinbarung vorgelegt wurde, die unsere drei Institutionen gebilligt haben. Jede Institution muss anerkennen, dass eine bessere Rechtsetzung von einer echten Zusammenarbeit zwischen allen drei Organen abhängt, wovon wir derzeit noch weit entfernt sind.

Auf dem interparlamentarischen Treffen vor einigen Tagen, an dem die Herren Juncker, Barroso und Verheugen teilgenommen haben, kam ein Thema, das in engem Zusammenhang mit der Strategie von Lissabon steht, in allen Debatten zur Sprache, nämlich die Richtlinie über Dienstleistungen. Ich möchte Ihnen dazu einige Worte sagen. Vor allem sollten wir nicht vergessen, dass dieser Text ein Vorschlag der Kommission aus dem Jahr 2004 ist, der gemäß den Verträgen im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens von Europäischem Parlament und Ministerrat geprüft und wahrscheinlich geändert wird. Es handelt sich also um einen Text, der noch nicht in Kraft ist.

Ich bin sehr besorgt über die sehr große Verwirrung, die bezüglich dieses Textes herrscht. Worum genau geht es? Es geht um die Niederlassungsfreiheit, die schon seit langem geregelt ist, ohne dass das „Herkunftslandsprinzip“ Anwendung findet. Es geht um die Dienstleistungsfreiheit, wobei man zumindest sagen kann, dass der Text unklar ist und viele Fragen offen bleiben: Das hat die Kommission selbst vor wenigen Tagen im Plenum des Europäischen Parlaments zugestanden. Es ist deshalb notwendig, dass wir alle dazu beitragen, eine Erklärung zu versuchen, insbesondere um zu vermeiden, dass die eine Hälfte Europas das Gefühl hat, sich mit den protektionistischen Anwendungen der anderen Hälfte herumschlagen zu müssen. Lassen wir auch nicht zu, dass man sagt, dass jeder, der gegen diesen Richtlinienentwurf ist, gleichzeitig auch gegen den Entwurf der Verfassung sein müsste! Das hat nichts miteinander zu tun.

Die Debatte, die gerade im Europäischen Parlament eingeleitet wurde, ist von besonders großer Bedeutung, eine Sternstunde der parlamentarischen Demokratie. Sie wird eine tiefgreifende Analyse des Textes ermöglichen. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Änderungen dahin gehen, dass das Europäische Sozialmodell beibehalten wird. Wir treten schon seit langem für die Vollendung des Binnenmarkts ein, gleichzeitig lehnen wir das Sozialdumping aber ab. Wie es in unserer Entschliebung zur Strategie von Lissabon heißt, handelt es sich um die Verwirklichung eines Dienstleistungsbinnenmarktes mit einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Marktöffnung, öffentlichen Dienstleistungen, sozialen Rechten und Konsumentenschutz.

Die Bestimmung dieses Gleichgewichts wird sehr bedeutende politische Einschätzungen erfordern, die einer demokratischen Debatte bedürfen, und das Europäische Parlament wird hierfür der geeignete Ort sein.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Meine Damen und Herren Mitglieder des Europäischen Rates,

ich nehme die politische Einigung, die von den Wirtschafts- und Finanzministern zum Stabilitäts- und Wachstumspakt gefunden wurde, zur Kenntnis, wenn auch der Inhalt dieser Vereinbarung innerhalb des Europäischen Parlaments unterschiedlich aufgenommen wird. Das ist ein Zeichen dafür, dass man, ohne die Basiskriterien aus den Augen zu verlieren, an denen dem Europäischen Parlament sehr viel liegt, zu einem gewissen Maß an Flexibilität finden konnte, was Ausdruck einer Europäischen Union ist, in der jeder die Sorgen des anderen versteht, ohne dass dies für die Gesamtheit schädlich ist. Das Europäische Parlament hatte im Übrigen in seiner Entschließung vom Februar 2005 empfohlen, dass beim Pakt die wirtschaftlichen Entwicklungen stärker berücksichtigt werden. Ohne eine Einigung hätte sich die Europäische Union in einer Sackgasse befunden.

Die Strategie von Lissabon, die Finanzielle Vorausschau, der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der Entwurf für eine Richtlinie über Dienstleistungen sind alles Themen, die Auswirkungen auf die Bürger in ihrem täglichen Leben haben. Das gilt auch für die Erweiterung, bei der man bessere Erklärungen bieten sollte, um die positiven Auswirkungen zu unterstreichen. Das Parlament bereitet seine Abstimmung am 13. April über die Zustimmung zum Beitritt von Rumänien und Bulgarien mit aller gebotenen Umsicht vor, damit diese neue Erweiterung langfristig Fortschritt auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene für alle bedeutet. Es wünscht insbesondere, eng an dem Prozess des „Monitoring“ beteiligt zu werden, der von der Kommission bis zum Beitritt durchgeführt wird. Es muss sich um eine echte Kontrolle und darf sich nicht um eine einfache Formalität handeln.

Zu dem Zeitpunkt, an dem der Prozess der Ratifizierung der Verfassung in zahlreichen Ländern eingeleitet ist, muss Europa unseren Mitbürgern eine bessere Zukunft bieten, ob dies mittels eines erneuerten institutionellen Rahmens erfolgt, nämlich der Verfassung, oder der Bestimmung einer Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik zu ihren Diensten.

Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die Zusammenarbeit zwischen den drei Institutionen unter den günstigsten Bedingungen abläuft. Das Europäische Parlament hat die Mitteilung über die von der Kommission vorgeschlagenen Leitlinien, an denen sich ihre Maßnahmen in den kommenden fünf Jahren orientieren sollen, positiv aufgenommen. Diese Einstellung zusammen mit unserer Unterstützung für die Vorschläge bezüglich der Halbzeitüberprüfung der Strategie von Lissabon zeigt, dass wir willens sind, einer gegenseitigen interinstitutionellen Verständigung den Vorzug zugeben und mit der Kommission eng zusammenzuarbeiten.

REDE DES PRÄSIDENTEN

Meine Damen und Herren Mitglieder des Europäischen Rates,

der luxemburgische Vorsitz hat einen echten Hindernislauf zu bewältigen.

Das erste Hindernis ist dank der Einigung über den Stabilitäts- und Wachstumspakt genommen worden. Das Europäische Parlament ist davon überzeugt, dass das gleiche Gefühl der Verantwortung und der gleiche Geist des Kompromisses eine Wiederbelebung der Strategie von Lissabon sowie im Juni die Gewährung der künftigen Finanzierung unserer Union ermöglichen werden.

Ich danke Ihnen.
